Rechenschaftsbericht der ZRK 2018

1. Interkantonale Zusammenarbeit und Interessenvertretung

Die interkantonale Zusammenarbeit ist vielfältig. Sie erfolgt in unterschiedlichen Bereichen und in variablen Geometrien, wobei die Kooperation mit den Zentralschweizer Kantonen im Vordergrund steht. Wichtige Rahmenbedingungen stellen dabei das wirtschaftliche und finanzpolitische Umfeld dar, namentlich der Finanzausgleich und die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) sowie der Steuerwettbewerb unter den Kantonen.

Die Interessen der Zentralschweiz sollen gegenüber dem Bund und gegenüber anderen Regionen verstärkt vertreten werden. Instrumente für diese Aufgabe sind insbesondere das jährliche Treffen mit den eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern und ein Monitoring der Bundesgeschäfte, welches allen Mitgliedern der Regierungen und den Staatsschreibern zugänglich ist.

2. Zusammenarbeit in der Zentralschweiz

Zusammenarbeitsprojekte

2018 wurden rund 38 Zusammenarbeitsprojekte (vgl. Projektliste und Arbeitsschwergewichte, Stand 11. Februar 2019 auf www.zrk.ch/Projekte) bearbeitet, dies hauptsächlich unter der Führung der sieben ständigen Zentralschweizer Direktorenkonferenzen. Neben Projekten behandelten die Direktorenkonferenzen insbesondere Tagesgeschäfte, koordinierten Einzelfragen und pflegten den Informationsaustausch.

Die Website der Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK), www.zrk.ch, ist Arbeitsinstrument für Regierungsmitglieder, Parlamentsmitglieder und Verwaltungsangestellte, aber auch Informationsplattform für die Bürgerinnen und Bürger der Zentralschweiz. Der Einstieg erfolgt über folgende Portale: 50 Jahre ZRK, Organisation, Kulturlastenausgleich, Arbeitsinstrumente, Grundlagen, Projekte, Plenarversammlung, Trägerschaften, Kantone, Mitteilungen, Termine und Aktuelles sowie Kontakt. Die Homepage enthält zudem einen geschützten Bereich, der nur Behördenmitgliedern zugänglich ist.

Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK)

Das Präsidium der Zentralschweizer Regierungskonferenz hatte 2018 Regierungsrat Othmar Reichmuth, SZ, inne. Regierungsrat Daniel Wyler, OW, war 2018 Vizepräsident der ZRK.

Am 14. Juni 2018 konnte die Zentralschweizer Regierungskonferenz in Schwyz die 102. Plenarversammlung abhalten. Im Zentrum der Konferenz stand ein Best-practice-Austausch zu den Themen Sicherheit und Asyl. Weitere Themen waren die Winteruniversiade Luzern-Zentralschweiz 2021 sowie die Interessenvertretung der Zentralschweiz.

An der 103. Plenarversammlung vom 7. Dezember 2018 in Morschach setzte sich die Zentralschweizer Regierung mit der Medienlandschaft Zentralschweiz auseinander und lud dazu Pascal Hollenstein, Leiter Publizistik CH Media, ein. Zudem standen die Einführung eines Treffens mit den Parteispitzen, sowie die Projekte «Wohnen und Arbeiten für Menschen mit Behinderung innerhalb und ausserhalb sozialer Einrichtungen», «Fête des Vignerons», «Vision 2025» und die «Winteruniversiade Luzern-Zentralschweiz 2021» auf der Traktandenliste.

Am 17. Januar 2018 fand das neunte Treffen einer Zentralschweizer Regierungsdelegation mit den Zentralschweizer Bundesparlamentarierinnen und -parlamentariern statt. Im Zentrum des Treffens standen die gemeinsamen Interessen der Zentralschweizer Kantonsregierungen hinsichtlich des «NFA-Wirksamkeitsbericht 2018 /SV 17» und des «**Ausbaus Bahninfrastruktur; Ausbauschritt 2030/35**». Zudem wurden die Anwesenden über den Stand der Arbeiten im Bereich der «Winteruniversiade Luzern-Zentralschweiz 2021», des «Innovationsparks Zentralschweiz» sowie über EFAS (einheitliche Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen) informiert.

Zentralschweizer Direktorenkonferenzen

Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz (BKZ)

Die Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz (BKZ) erstellt jeweils einen eigenen Tätigkeitsbericht, der unter www.bildung-z.ch öffentlich zugänglich ist. Folgende Hauptgeschäfte zeichneten das Jahr 2018 aus: Die BKZ beschloss Ende Oktober 2018 zusammen mit den beiden Regionalkonferenzen der Ostschweiz und der Nordwestschweiz, die Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (D-EDK) per 31.12.2018 aufzulösen. Die BKZ führt ab 1.1.2019 die Geschäftsstelle in Luzern, welche die Geschäftsführung für die drei Regionalkonferenzen, die gemeinsamen Tätigkeiten sowie weitere Auftraggeber erbringt. Weiter stimmte die BKZ der Weiterführung des Dialogs Gymnasien – Hochschulen zu, beschloss Regelungen für Beiträge aus den kantonalen Swisslos Sportfonds an die Regionalverbände, lancierte eine Kampagne zur Berufsmaturität, mit dem Ziel die Berufsmaturität als wichtiges Element der Berufsbildung zu stärken und sprach sich für eine verbesserte Zusammenarbeit der Kantone bei der Durchführung von Lehrabschlussfeiern und für eine einheitliche Regelung für Ehrenmeldungen aus. Schliesslich wurde die Gründung einer Filmstiftung Zentralschweiz diskutiert, die Grundsatzentscheide dazu fallen im März 2019. Die BKZ stand 2018 unter dem Vorsitz von Regierungsrat Michael Stähli, SZ.

Die Konferenz der Vereinbarungskantone des interkantonalen Kulturlastenausgleichs stand 2018 unter dem Vorsitz von Regierungsrat Beat Jörg, UR. Die Konferenz führte die laufende Diskussion mit den Ostschweizer Regierungsvertretungen weiter. Im Vordergrund stand dabei nicht mehr eine allfällige geographische Erweiterung der Vereinbarungskantone, sondern die Unterstützung des Vorstosses des Kantons Zürich in der EDK. Die Arbeitsgruppe erarbeitete in Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle einen konkreten Vorschlag für die Umsetzung des Anliegens des Kantons Zürich. Die Konferenz reichte diesen im Frühling 2018 formell ein und nahm mit Befriedigung zur Kenntnis, dass die Kulturdirektorinnen- und -direktorenkonferenz dem Antrag im Juni 2018 in den wesentlichen Punkten übernommen hat. Ein weiterer Schwerpunkt lag 2018 auf den politischen Diskussionen in den Kantonen. Der Auftrag des Grossen Rates des Kantons Aargau, die Vereinbarung neu zu verhandeln, wurde vom Aargauer Regierungsrat an die Hand genommen. Die Verhandlungen der Kantone Aargau, Zürich und Luzern mündeten schliesslich in einen Antrag an den Grossen Rat des Kantons Aargau und an die Regierungen der Kantone Zürich und Luzern. Die Lösung mit einem erhöhten Rabatt für den Kanton Aargau und dem auf zwei Abrechnungsperioden befristeten Verzicht der Kantone Zürich und Luzern auf die Anrechnung neuer Investitionen wurde von den zuständigen Gremien genehmigt und von den übrigen Vereinbarungskantonen zustimmend zur Kenntnis genommen. Der 2017 im Kanton Zug von der SVP-Fraktion eingereichte Vorstoss auf Austritt aus der Vereinbarung wurde vom Kantonsrat als nicht erheblich erklärt.

Zentralschweizer Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz (ZBPUK)

Die Zentralschweizer Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz wurde auch 2018 von Regierungspräsident Robert Küng, LU, präsidiert. Im Zentrum der Frühjahrssitzung stand eine Aussprache der Konferenz

mit der Direktion des Bundesamts für Umwelt über diverse Themen, darunter etwa die «Strategie Biodiversität Schweiz», die Problematik der Neophyten, die «Strategielandschaft des Kantons Luzern» oder die «Grundzüge der räumlichen Entwicklung» des Kantons Zug. In der Herbstsitzung befasste sich die ZBPUK mit dem «in LUFT Basisleistungsauftrag für 2020-2027», der Kampagne «e chline Schritt», der «Koordination der Abfall- und Deponieplanung Zentralschweiz», der «iMONITRAF! Coordination Point –Projektverlängerung 2019-2020», dem Neophyten-Regulierungskonzept des Kantons Schwyz sowie einer Übersicht über die kantonalen Förderprogramme (MuKEn).

Zentralschweizer Finanzdirektorenkonferenz (ZFDK)

Die Zentralschweizer Regierungskonferenz wurde auch 2018 von Regierungsrat Marcel Schwerzmann, LU, präsidiert und befasste sich nebst den wiederkehrenden Diskussionen zu den Finanzkennzahlen der Kantone schwergewichtig mit der Optimierung des nationalen Finanzausgleichs, der Unternehmenssteuerreform (USR III) und der Steuervorlage 17 (SV 17) bzw. der Nachfolgevorlage STAF. Die ZFDK erarbeitete für das Zentralschweizer Parlamentariertreffen 2019 ein Positionspapier zur Optimierung des NFA. Auf der Traktandenliste der ZFDK standen auch die neue Finanzordnung (NFO), über die im März 2018 an der Urne abgestimmt wurde, die Weiterbildung Zentralschweiz, verschiedene Fragen rund um die Informatik, so z.B. das Projekt E-Government sowie kurze Aussprachen zu weiteren finanzpolitischen Themen.

Zentralschweizer Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz (ZGSDK)

Im Berichtsjahr stand Regierungsrat Martin Pfister, ZG, dem Bereich Gesundheit (ZGSDK-G) und Frau Landammann Manuela Weichelt-Picard, ZG, dem Bereich Soziales (ZGSDK-S) vor. Die ZGSDK-G setzte sich 2018 schwergewichtig mit den Themen «EFAS/Monismus: Aktueller Stand der Dinge», «Empfehlungen zur Spitalplanung» sowie der «Klage der tarifsuisse gegen Pflegeheime im Kanton Zug betreffend MiGeL» auseinander. Zudem erarbeitete die ZGSDK-G ein Positionspapier zur hochspezialisierten Medizin (HSM). Ein daraus abgeleiteter Antrag zur Stärkung der demokratischen Abstützung im Verfahren wurde von der zuständigen Plenarversammlung als Empfehlung übernommen. Wie in den Vorjahren lag ein Augenmerk auf der Koordination der Zentralschweizer Position in Sachen Nationaler Gesundheitspolitik (GDK). Die ZGSDK-S befasste sich 2018 mit den Zentralschweizer Projekten «Individueller Betreuungsbedarf» und «Wohnen und Arbeiten für Menschen mit Behinderung innerhalb und ausserhalb sozialer Einrichtungen». Weiter beschäftigte sie sich mit der «Standortfrage des Bundeszentrums in der Süd- und Zentralschweiz» und nahm die vorletzte Auswertung zur Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) im Bereich-B (Somed-Statistik) des Bundes für die Zentralschweiz, zur Kenntnis und führte, wie bereits in den Vorjahren, einen Austausch betreffend Umsetzung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts (KESR) durch.

Im Rahmen einer Überprüfung der Anzahl und Aufgaben der Fachdirektorenkonferenzen entschied die ZRK-Plenarversammlung 2018, die seit 2010 in eine Konferenz zusammengefassten Bereiche Gesundheit und Soziales wieder aufzulösen. Ab 2019 werden beide Konferenzen wieder eigenständig als Zentralschweizer Gesundheitsdirektorinnen- und -direktorenkonferenz (ZGDK) sowie Zentralschweizer Sozialdirektorinnen- und -direktorenkonferenz (ZSODK) geführt.

Zentralschweizer Konferenz der Direktoren des öffentlichen Verkehrs (ZKöV)

Die ZKöV stand 2018 unter der Leitung von Landammann Othmar Reichmuth, SZ. Die ZKöV engagierte sich weiterhin im Rahmen der Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) sowie der Gesamtperspektive Zentralschweiz (GPZ). Im Zusammenhang mit FABI hat die ZKöV den Vorsitz des Lenkungsausschusses

der Planungsregion Zentralschweiz. An den zwei Sitzungen des Lenkungsausschusses hat das Bundesamt für Verkehr (BAV) den aktuellen Stand der Arbeiten zum Ausbauschritt 2035 vorgestellt. Die ZKöV fordert insbesondere die baldige Realisierung der beiden Schlüsselelemente Zimmerberg-Basistunnel II und Durchgangsbahnhof Luzern. Am 31.10.2018 hat der Bundesrat die Vorlage zu Handen des Parlaments verabschiedet. Im Hinblick auf die parlamentarische Beratung wurden die Zentralschweizer Forderungen konkretisiert und die Information der Parlamentarier koordiniert.

Zentralschweizer Polizeidirektorinnen- und -direktorenkonferenz (ZPDK)

Im Jahr 2018 ging das Präsidium der Zentralschweizer Polizeidirektorinnen- und -direktorenkonferenz (ZPDK) per Mitte Jahr von der Nidwaldner Sicherheits- und Justizdirektorin, Regierungsrätin Karin Kayser-Frutschi, an ihren Luzerner Amtskollegen Regierungsrat Paul Winiker über.

Zu den Hauptthemen der Konferenz gehörte die interkantonale Zusammenarbeit. Das Projekt VISION 2025 wurde zielgerichtet vorangetrieben. Als Ziel wurde die Schaffung von zwei gemeinsamen Einsatzleitzentralen (ELZ) für die Brünigachse (Kantone LU, OW und NW) und die Gotthardachse (Kantone UR, SZ und ZG) definiert. Die gemeinsamen ELZ ermöglichen die integrale und konzentrierte Führung aller Blaulichtorganisationen. Während auf der Brünigachse der Standort Luzern geklärt werden konnte, liegt auf der Gotthardachse noch keine Einigung vor. Die interkantonale Vereinbarung über den Vollzug von Strafen mit Electronic Monitoring («elektronische Fussfesseln») wurde aufgrund der ersten Erfahrungen leicht angepasst. Weiter nahm die Konferenz von den Zwischenberichten der Projekte Haftplatzkoordination und Harmonisierung der Arbeitsgrundlagen Kenntnis. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt waren die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Standort des Bundesasylzentrums. Sowohl die interne Koordination mit den Zentralschweizer Sozialdirektorinnen und -direktoren als auch die Verhandlungen mit dem Bund gestalteten sich schwierig. Das EJDP kündigte im September an, das Plangenehmigungsverfahren für den Standort Schwyz einzuleiten. Des Weiteren führte die Konferenz, jeweils unter Beizug von Experten, Diskussionen zum Projekt Air2030, welches die Beschaffung von Kampfflugzeugen und eines Systems zur bodengestützten Luftverteidigung umfasst, und zur Sicherheitsverbundsübung SVU 19.

Zentralschweizer Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (ZVDK)

Im Berichtsjahr hatte der Urner Volkswirtschaftsdirektor Urban Camenzind das Präsidium der ZVDK inne. Die ZVDK beschäftigte sich im Berichtsjahr im Rahmen des Projekts «Innovationspark Zentralschweiz» intensiv mit einer allfälligen Anschubfinanzierung über den Verein Innovationstransfer Zentralschweiz (ITZ). Der Verein ITZ sowie der Verein Innovationspark Zentralschweiz (ZIP) einigten sich im Verlaufe des Berichtsjahres über eine Vereinbarung zur Anschubfinanzierung. Diese wurde noch 2018 unterzeichnet. Für die ZVDK ist das Projekt betreffend Aufbau des Innovationsparks damit beendet. Weiter setzte sich die ZVDK mit der Verlängerung der laufenden Leistungsvereinbarung zur «Erlebnisregion Luzern-Vierwaldstättersee», dem Auditbericht des Regionalen Innovationssystems (RIS) «Zentralschweiz Innovativ» und der Auflösung der Micro Center Central-Switzerland AG (MCCS AG) auseinander. Geplant ist, dass die MCCS AG anschliessend ins Centre Suisse d'Electronique et de Microtechnique (CSEM) übergehen wird.